



Ansprechpartner/in Hermann Fröhlingdorf  
Telefon 02261 7010301  
Telefax 02261 7010222  
E-Mail Hermann.Froehlingsdorf@wald-und-holz.nrw.de

Datum 27.10.2020  
Aktenzeichen (bei Rückfragen bitte angeben!)  
**300-11-63-202**

## Öffentliche Bekanntgabe

des Ergebnisses der **allgemeinen** Vorprüfung mit der Feststellung,  
dass nach den §§ 6 bis 14 für das Vorhaben eine  
Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nicht besteht.

Die Feststellung trifft das Regionalforstamt Bergisches Land auf Antrag zur Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart nach §§ 39 und 40 Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW):

### Antrag auf Waldumwandlung

in der Stadt: Gummersbach  
Kreis: Oberbergischer Kreis  
Gemarkung: Gummersbach  
  
Flur/e: 2  
Flurstück/e: 357/94, 358/94  
mit einer Größe von: 569 m<sup>2</sup>

zur Änderung der Nutzungsart in:

### Kompensationsfläche/n

in der Gemeinde: Gummersbach  
Kreis: Oberbergischer Kreis  
Gemarkung: Gummersbach  
Flur/e: 2  
Flurstück/e: 752  
mit einer Größe von: 1.388 m<sup>2</sup>

Dieses Vorhaben fällt unter die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Anlage 1 unter Nr. 17.1 bzw. 17.2 als „Erstaufforstung“ bzw. „Rodung von Wald zum Zwecke der Umwandlung in eine andere Nutzungsart“ bezeichneten Vorhaben.

Gemäß § 7 UVPG, ist in einer standortbezogenen bzw. allgemeinen Vorprüfung zu prüfen, ob die Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 6 bis 14 UVPG unterzogen werden müssen.

Nach Prüfung der Antragsunterlagen zu diesem Vorhaben einschließlich der geeigneten Angaben des Vorhabenträgers gem. § 7 Abs. 4 UVPG wurde entschieden, dass für das o. g. Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen aufgrund der Merkmale des Vorhabens, des Standortes des Vorhabens und der Art und Merkmale möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter nicht zu erwarten sind.

Die Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG vom 27.10.2020 bis 17.11.2020 öffentlich bekannt gegeben.

Die wesentlichen Gründe nach § 5 Abs. 2 UVPG für das Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht unter Hinweis auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 sind der nachstehenden Gesamteinschätzung zur **allgemeinen** Vorprüfung zu entnehmen: wegen der geringen Flächengröße

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag

gez.

Frühlingsdorf